



Ein Angriff auf Grönland? Warum Dänemark von einem „Ende der NATO“ spricht – und was da wirklich dran ist

Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hat mit einer bemerkenswerten Warnung für Aufsehen gesorgt: Sollte Washington versuchen, Grönland militärisch unter Kontrolle zu bringen, wäre dies „das Ende der NATO“. Eine drastische Aussage – aber ist sie auch plausibel? Zwischen strategischer Rivalität, rechtlichen Grundlagen und politischem Symbolismus liegt die Antwort.

Eskalation im Nordatlantik

Ausgangspunkt der Debatte sind wiederholte Äußerungen des US-Präsidenten, wonach die Vereinigten Staaten Grönland aus geostrategischen Gründen „brauchen“ – und man im Ernstfall auch einen gewaltsamen Kurs nicht ausschließen könne. Die Aussage erinnert an Donald Trumps Vorstoß von 2019, Dänemark solle Grönland verkaufen – eine Initiative, die damals international für Irritation sorgte.

Neu ist jedoch die Tonlage. Inmitten einer angespannten internationalen Lage – zuletzt durch eine verdeckte Operation in Venezuela – fällt die Drohung in eine Phase wachsender Zweifel an der Verlässlichkeit Washingtons in multilateralen Strukturen. Kopenhagen reagierte ungewöhnlich scharf: Frederiksen sprach von einer „inakzeptablen Grenzüberschreitung“ und erklärte, ein Angriff auf dänisches Staatsgebiet sei gleichbedeutend mit einem Bruch des Bündnisses. Auch Grönlands Regionalregierung wies die US-Rhetorik entschieden zurück.

Grönland in der NATO: Territoriale Zugehörigkeit und rechtlicher Rahmen

Grönland ist kein souveräner Staat, sondern ein autonomes Territorium innerhalb des Königreichs Dänemark. Damit fällt die Insel unter die kollektive Verteidigungsgarantie der NATO, deren Artikel 5 besagt, dass ein bewaffneter Angriff gegen ein Mitglied als Angriff gegen alle gilt. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Angriff das europäische Festland oder ein entferntes Gebiet betrifft – Grönland eingeschlossen.

Bereits 1946 hatten die USA versucht, Grönland von Dänemark zu kaufen – erfolglos. Seither regelt ein bilaterales Verteidigungsabkommen von 1951 die militärische Präsenz der USA auf der Insel, namentlich den Betrieb der Pituffik Space Base (ehemals Thule Air Base). Dieses Arrangement basiert auf Zustimmung, nicht auf Hoheitsverzicht.



Warum Grönland heute wieder ins Visier rückt

Die strategische Bedeutung Grönlands hat in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen:

- **Geopolitik der Arktis:** Mit der Eisschmelze öffnet sich die Arktis als neue geostrategische Arena. Russland baut seine militärische Präsenz in der Region aus, China verfolgt mit seiner „Polar Silk Road“ wirtschaftliche Ambitionen. Grönland liegt dabei an einer neuralgischen Stelle für Schiffs- und Routenüberwachung im Nordatlantik.
- **Rohstoffe und seltene Erden:** Schätzungen zufolge verfügt Grönland über bedeutende Vorkommen an Seltenerdmetallen, Uran und anderen strategischen Ressourcen. In Zeiten zunehmender globaler Konkurrenz um Rohstoffe weckt dies geopolitisches Interesse.
- **Militärische Infrastruktur:** Die amerikanische Pituffik-Basis spielt eine zentrale Rolle im Frühwarnsystem für ballistische Raketen – ein Relikt des Kalten Kriegs, das in der neuen Großmachtrivalität wieder an Bedeutung gewinnt.

Diese Faktoren erklären, warum Grönland in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Analysen erneut in den Fokus rückt – sie rechtfertigen aber keine völkerrechtswidrigen Aneignungsphantasien.

Zwischen Drohung und Doktrin: Was meint „Ende der NATO“?

Die Formulierung der dänischen Premierministerin ist vor allem politisch zu lesen – nicht juristisch. Gleichwohl ist ihre Logik schlüssig:

Ein US-Angriff auf dänisches Hoheitsgebiet wäre ein Bruch der NATO-Grundprinzipien. Der transatlantische Vertrag beruht auf gegenseitigem Vertrauen und kollektiver Sicherheit. Sollte die Schutzmacht selbst zum Aggressor werden, stünde das Bündnis nicht nur vor einer Glaubwürdigkeitskrise – es würde als sicherheitspolitisches System dysfunktional. In diesem Sinne wäre es *faktisch* das Ende der NATO.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Ein tatsächlicher Angriff ist derzeit kaum vorstellbar. Die Rhetorik aus Washington dürfte vor allem als innenpolitische Profilierung oder strategischer Druckversuch zu verstehen sein. Selbst in den USA stößt die Idee eines Grönland-Erwerbs auf breite Skepsis. Weder der Kongress noch das Pentagon haben sich in diese Richtung positioniert.

Auch innerhalb der NATO wäre ein solches Szenario mit massiven diplomatischen und



Ein Angriff auf Grönland? Warum Dänemark von einem „Ende der NATO“ spricht – und was da wirklich dran ist

politischen Folgen verbunden – bis hin zu Sanktionen gegen die USA selbst, eine bisher undenkbare Vorstellung.

Die NATO ist kein Staatenbund mit Zwangsgewalt, sondern ein sicherheitspolitisches Bündnis auf freiwilliger Basis. Ihre Kohärenz hängt maßgeblich vom politischen Willen ihrer Mitglieder ab. Ein tiefer Riss zwischen den USA und Dänemark – etwa durch einen militärischen Zwischenfall – würde nicht automatisch zur formellen Auflösung führen, aber das Vertrauen irreparabel beschädigen.

Die politische Warnung aus Kopenhagen ist somit ein präventives Signal: Die Integrität der NATO kann nur bestehen, wenn ihre Grundregeln auch von den Stärksten respektiert werden.

Die Eskalation rund um Grönland verweist auf ein grundlegenderes Problem: Die Arktis ist längst nicht mehr nur eine Klimazone, sondern ein geopolitischer Raum im Wandel. Das macht stabile rechtliche Ordnungen und vertrauenswürdige Bündnisbeziehungen umso wichtiger – und rhetorische Entgleisungen umso gefährlicher.

Autor: P. Tiko